

Uni-Spital zieht die Sparbremse an - und baut 150 Stellen ab

Das Universitätsspital muss den Gürtel enger schnallen. Weil der Kanton spart, entsteht im Spitalbudget ein Defizit von 48 Millionen Franken.

Von Daniel Schneebeil

Zürich - Spitalrat und Direktion des Uni-Spitals Zürich haben gestern vor den Medien gemeinsam Alarm geschlagen. Weil der Kanton den Staatsbeitrag für 2011 auf dem Niveau von 2009 bei 262 Millionen Franken eingefroren hat, droht dem Uni-Spital ein Defizit von 48 Millionen Franken. «Das können wir nicht verantworten, so grosse Reserven haben wir nicht», sagte Spitalratspräsident Peter Hasler. Einstimmig habe der Spitalrat darum einem Sanierungsplan der Uni-Spital-Direktion zugestimmt. Er sieht einerseits Mehreinnahmen von 22 Millionen und andererseits Sparmassnahmen im Umfang von 26 Millionen Franken vor.

Bei den Sparmassnahmen entfallen 18 Millionen aufs Personal. Wie Spitaldirektorin Rita Ziegler erklärte, entspricht das einem Personalabbau von 130 bis 150 Vollzeitstellen. In erster Linie soll er über natürliche Abgänge erfolgen. Obwohl es im Spital in der Regel jedes Jahr etwa 600 Abgänge gibt, schloss Ziegler Entlassungen nicht aus. Um Kündigungen zu vermeiden, stehen vorzeitige Pensionierungen, Pensensreduktionen und interne Umplatzierungen zur Diskussion. Laut Ziegler werden alle Berufsgruppen vom Abbau betroffen sein. Ein Sozialplan ist in Vorbereitung. Auf der Einnahmenseite will das Uni-Spital bei der Leistungsverrechnung mehr Geld hereinholen. «Da gibt es noch Spielraum», so Ziegler.

Das Spital hat eine Taskforce eingesetzt, die nun die Sanierungsmassnahmen umsetzt. Nötig sind vor allem Verhandlungen mit den Sozialpartnern und Preisverhandlungen mit Lieferanten. Erste Gespräche mit betroffenen Mitarbeitern sind im März geplant. Um be-

reits im ersten halben Jahr Spareffekte zu erzielen, hat die Spitaldirektion zudem verfügt, freie Stellen nur verzögert wiederzubesetzen. Das Uni-Spital beschäftigt 6300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich rund 4800 Vollzeitstellen teilen.

Personalverbände sind empört

Nicht nur der sparsame Kanton sorgt im Budget des Uni-Spitals für rote Zahlen, sondern auch die Kostensteigerungen von 45 Millionen Franken. Diese hängen einerseits mit den Lohnerhöhungen zusammen, welche im Spital auf Geheiss des Kantons ausbezahlt werden müssen. Auf der anderen Seite musste neues Personal angestellt werden, zum Beispiel auf der Geburtenabteilung, wo laut Ziegler ein «unglaublicher Geburtenzuwachs» zu verzeichnen ist. Weiter mussten 30 neue Oberärzte eingestellt werden, weil das Arbeitsgesetz die Arbeitszeiten der Ärzte einschränkt.

Für den Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen (SBK) ist es inakzeptabel, dass im Uni-Spital beim Personal 18 Millionen Franken eingespart werden, während der Kanton das 30-Fache über Steuererleichterungen an «Begüterte verschenken» wolle. Der SBK sieht im Pflegebereich keinen Spielraum für Stellenabbau. Erstens sei die Belastung schon jetzt zu hoch, und zweitens seien viele Stellen unbesetzt. Der SBK warnt auch davor, diplomiertes Pflegepersonal mit billigeren Fachangestellten Gesundheit zu ersetzen. Dadurch drohe ein «massiver Qualitätsabbau». Ähnlich reagiert der VPOD. Er fordert den Regierungsrat auf, die kontraproduktive Abbauübung abzublasen. Der Verband der Spitalärzte befürchtet einen Reputationsschaden für das Uni-Spital, und die Grünen zeigen sich «empört». Es zeige sich, dass die Investitionen in die Spitzenmedizin am Universitätsspital auf Kosten des Personals geschehen.

Kantonsspital Winterthur

Sparen ja, entlassen nein

Am Kantonsspital Winterthur ist kein Personalabbau geplant. «Wir sind zuversichtlich, dass wir unser ausgeglichenes Budget 2011 einhalten können», sagt Mediensprecher André Haas. Allerdings hat der Kanton dem KSW im Unterschied zum Uni-Spital einen höheren Staatsbeitrag gewährt. Er beträgt neu 101 Millionen Franken, 2009 waren es noch 90 Millionen gewesen. Urs Rüegg, Sprecher der Gesundheitsdirektion, begründet dies mit dem Fallkostenvergleich zwi-

schen den öffentlichen Spitalern, bei dem das KSW in den letzten Jahren sehr gut abgeschnitten hat. «Wir wollen einen vorbildlichen Betrieb nicht zusätzlich belasten.» Das würde laut Rüegg den Anreiz zum häuslicheren Umgang mit den Mitteln schmälern. Haas betont, das KSW habe im letzten Jahr nicht nur gespart, sondern auch die Produktivität verbessert: Über 5 Prozent mehr Patienten, 10 Prozent mehr Zusatzversicherte, aber nur 3 Prozent mehr Personal. (sch)